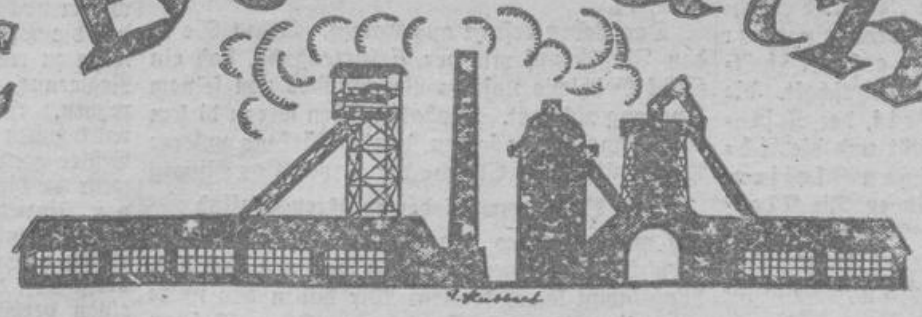
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Oberg aben 3/1.	Samstag, 24. April 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	17. Folge

Sammlung des Bürgertums.

Die leitenden Organe der Deutschen Volkspartei tagten am Samstag und Sonntag in Berlin, um den großen Wahlkampf für die Rettung unseres Vaterlandes und die bürgerliche Freiheit einzuleiten. Die Sitzung des Zentralvorstandes eröffnete nach einleitenden Worten des Abgeordneten Oberpräsidenten Dr. Richter der Führer der Partei Dr. Stresemann, mit einer programmatischen Rede, die wir in ihren wesentlichen Gedanken im folgenden wiedergeben:

Es mehren sich die Stimmen im Lande, die daran zweifeln, daß der Parlamentarismus die geeignete Staatsform sei, um die kranke Zeit heilen zu können. Wir müssen uns deshalb vor der Auffassung hüten, als ob die Zusammensetzung des neuen Reichstages und die damit verbundene Verschiebung der Parteiverhältnisse allein genügen könne, um uns aus unserem gegenwärtigen Elend herauszubringen. Die neue Entwicklung ist längst über eine solche Auffassung hinausgewachsen. Wir stehen heute vor Problemen, die weit über die Parteien hinausgehen, die auch nicht mehr allein eine Angelegenheit unseres Volkes, sondern ein gemeinsames Problem aller Kulturstaaten überhaupt sind. Die große Frage ist die: Wie finden wir uns ab mit der Welterscheinung des

Sozialismus und Bolschewismus,

die uns in verschiedenen Ausstrahlungen in dem politischen Leben aller Kulturländer entgegentritt.

Wir müssen uns darüber klar sein, ob es heute noch möglich ist, den Kampf gegen den Sozialismus noch in der alten Form zu führen, etwa so, daß man mit dem Grafen Westarp sagt, die Koalitionsmöglichkeiten endigten da, wo die bürgerliche Linke aufhöre. Würde diese Auffassung zur Geltung kommen, so könne dies nur zu den schwersten Erschütterungen in Deutschland führen, denn die bürgerliche Mehrheit, die es ablehnt, der Sozialdemokratie die Hand zur Mitarbeit zu reichen, würde die Arbeiterschaft in den tiefsten Radikalismus stürzen. Wir müssen heute versuchen, in Deutschland eine Koalition zu schaffen, bei der die Sozialdemokratie nicht mehr der allgemein leitende Teil ist, sondern in der sie nur die Gleichberechtigung genießt, auf die sie gegenüber den anderen Berufs- und Standesinteressen Anspruch hat. Es ist interessant, die Entwicklung zu verfolgen, die sich augenblicklich in dem Sozialismus vollzieht. Es rächt sich heute die innere Unwahrheit, daß die Sozialdemokratie immer noch ihr Programm von früher vertritt, und daß sie nicht den Mut hat, der Menge zu sagen, daß dieses Programm erledigt ist und nicht mehr verantwortet werden kann. Diese innere Unwahrhaftigkeit der Mehrheitssozialdemokraten führt die Massen den Unabhängigen und Kommunisten zu, weil der klaffende Widerspruch zwischen der heutigen Politik und dem alten Programm unfehlbar dazu führen wird, daß die Mehrheitssozialdemokratie einmal aufhört, die führende Arbeiterpartei zu sein, wenn sie nicht doch noch den Mut finden würde, sich davon zu befreien. Dieser Entwicklung gegenüber müssen wir um so stärker den Gedanken vertreten und den Hirnen einzuhämmern versuchen, daß gegenüber dieser Radikalisierung der Massen der Staat nur bestehen kann, wenn die künftige Regierungskoalition sich darin einig und entschlossen ist, von den Machtmitteln des Staates zur Aufrechterhaltung der Autorität auch Gebrauch zu machen und keinen Druck auf die Staatsgewalt zuzulassen. Es muß aufhören mit diesem zögernden und schwankenden Gebrauch der staatlichen Machtmittel.

Der Redner wendet sich dann gegen die Vertreter der

Diktatur des Proletariats

und mit besonderer Schärfe gegen diejenigen Stellen der bürgerlichen Intelligenz, die durch ein Zusammenarbeiten mit diesen Linksradikalen die Kultur des Reiches erdrosseln. Wer wirklich unser Vaterland liebt, der darf nicht mit den Gedanken, die ich gekennzeichnet habe, kokettieren, sondern er muß zurück zu der Ansicht, daß wir uns nur wieder durchkämpfen können, wenn wir in unserem Lande die Macht und die Autorität nach außen und innen fest begründen. (Lebhafter Beifall.) Nennt man das reaktionär, so will ich diesen Vorwurf gern tragen. Ich möchte es offen aussprechen: kein Volk ist weniger als das deutsche innerlich durch formale Verfassungsparagraphen zufrieden zu stellen. Es war in früheren Zeiten glücklich, weil es große Persönlichkeiten an Führern hatte, nicht weil seine Verfassung mustergültig war. Die formale Demokratie hat versagt, deshalb sind wir berechtigt zu der Forderung, daß der Reichstag eine Ergänzung finden muß

in einer Kammer der Arbeit.

Durch eine solche Kammer der Arbeit muß die politische Parlamentsherrschaft begrenzt werden. Wir brauchen das, weil in Zukunft alles abhängt von dem Gang unserer Wirtschaft; davon, ob es uns gelingt, wieder zu wirtschaftlich geordneten Zuständen und Verhältnissen zu kommen. Diese Aufgabe kann einem politischen Parlament nicht gestellt werden, weil parteipolitische Leidenschaft nicht in der Lage ist, dieses Problem zu lösen. Von einem Berufsparlament erhoffen wir, daß es zum mindesten ein Parlament der Lebenserfahrung sein wird. Es darf nicht auf den Mehrheitsgedanken eingestellt sein. Träger des Wahlrechts müssen die Berufsorganisationen sein. Die Kammer der Arbeit darf nicht nur eine begutachtende Befugnis haben, sondern wir fordern, daß alle wirtschaftlichen Vorlagen diesem Wirtschaftsparlament vorgelegt werden, und daß die Kammer der Arbeit auch die Initiative haben soll, von sich aus wirtschaftliche Vorlagen an das politische Parlament gelangen zu lassen, und daß sie ein aufschiebendes Veto recht erhält. So sehr wir also für die Kammer der Arbeit eintreten, so wenden wir uns doch entschieden dagegen, das politische Parlament überhaupt bis zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken oder gar ganz abzuschaffen. Was wir für die Gegenwart und für die Zukunft brauchen, das ist

eine Versöhnung von Individualismus und Sozialismus

in gemeinschaftlicher praktischer Arbeit. Das Kennzeichen der Gegenwart ist die Mißachtung der Persönlichkeit. Aber die Hoffnung auf die Macht des Sozialismus ist trügerisch. Wir können durch die Sozialisierung nicht aus unserem wirtschaftlichen Elend herauskommen, wir würden es dadurch nur noch vermehren. Deshalb müssen wir alle diejenigen Parteien sammeln, die jene Versöhnung wollen. Dazu gehören auch die Sozialisten, die sich auf diesen Boden stellen wollen und sich damit von denjenigen trennen, die immer noch auf das alte Programm schwören, oder die übergegangen sind zur Forderung der Diktatur des Proletariats.

Nachdem Stresemann die Notwendigkeit der Revision des Versailler Vertrages nicht nur für uns, sondern vor allem auch aus den Interessen unserer heutigen Feinde begründet hat, wendet er sich zur Betrachtung unserer Verhältnisse im Innern. Er führt aus:

Was uns hier am meisten bedrückt, das ist der Umstand, daß die Enttäuschung dazu geführt hat, daß wir

nicht einmal mehr der Reichseinheit ganz sicher

sind. Wir sehen in der Gefährdung der Reichseinheit, wie wenig es die neue Zeit in Deutschland verstanden hat, moralische Eroberungen zu machen. Die Mißwirtschaft auf wirtschaftlichem Gebiet, die politische Mißwirtschaft, die nationale Würdelosigkeit, der Zusammenbruch der staatlichen Autorität und die Abhängigkeit von einseitigen Klasseninteressen stehen vor aller Augen. Die Klassenherrschaft findet ihre Stütze in den obersten Reichsbeamten, die Hilferufe der bürgerlichen Kreise geringer werten als diejenigen sozialistischer Kreise.

Wir bekennen uns zur organischen Entwicklung,

und ich glaube auch jetzt noch an diese Entwicklung. Die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau ist, daß man wieder den Adel des Arbeitsgedankens einführt und nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten der Staatsgewalt gegen diejenigen vorgeht, die dem Volke die Arbeit verekeln wollen und die mit ihrer Streikhetze am meisten zum Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens beigetragen haben. Weiter muß die Voraussetzung erfüllt sein, daß unsere auswärtige Politik wieder von einer sachkundigen Persönlichkeit getragen wird. Wir müssen an der Forderung festhalten, daß nicht die Mitgliedskarte einer Partei, sondern die sachliche Befähigung den Zutritt zu unseren wichtigsten Reichsämtern öffnet. Wir bekennen uns mit dieser Forderung nicht im Gegensatz zum parlamentarischen System. Es ist durchaus nicht in diesem System begründet, daß Ministerposten und Beamtenposten bis herab zum Postdirektor von der Parteizugehörigkeit abhängig sein sollen.

Das gute deutsche Beamtentum muß uns erhalten bleiben,

das einst ein Grundpfeiler des Staates gewesen ist. Wenn man sich einmal fragt, was durch die Kreise des Bürgertums, durch die Kreise der Angestellten und Arbeiter, die noch von sozialdemokratischen Einflüssen frei sind, geht, dann ist es

die Sehnsucht nach einer Zusammenfassung aller dieser Schichten in eine große bürgerliche Partei.

In eine Partei, die frei ist von Rassen- und Klassenhaß, die einen Scheidestrich gegen den Sozialismus scharf zieht; die zwar den Sozialismus nicht ausschalten will von der praktischen Arbeit, die aber der Gewalt des Bolschewismus die Staatsgewalt entgegensetzt. Es ist die Aufgabe unserer Partei, den Kern für die Bildung dieser Zusammenfassung zu bilden. Wir verschmelzen uns weder mit den Demokraten noch mit den Deutschnationalen; wir lehnen beides aus politischem Verantwortlichkeitsgefühl ab. Die Frage der Verschmelzung nach links steht ja überhaupt nicht zur Debatte; nach rechts steht es so, daß der nationalen Sache, die wir ebensogut wie die Deutschnationale Volkspartei verfechten, durch nichts schlechter gedient wäre, als wenn wir unsere Selbständigkeit aufgeben würden. Den Vorteil davon hätten nur die beiderseitigen Gegner. Die Entwicklung, die wir vor uns sehen, kann nur aus der Wählerschaft selbst herauskommen. Diejenigen in der Demokratischen Partei, die noch etwas von dem alten Liberalismus in sich fühlen, die werden zu uns kommen, und die es nicht fühlen, die wollen wir gar nicht wieder haben. Wir wollen mit den Deutschnationalen gute Fühlung halten, und es liegt nicht an uns, wenn das freundnachbarliche Verhältnis nicht immer die Formen angenommen hat, die wir wünschen. Aber alles das soll uns nicht abhalten, den Wahlkampf unter dem einen Gesichtspunkt zu führen:

Der Feind steht links!

(Stürmischer Beifall.) Eine große bürgerliche Partei muß sich in diesem Wahlkampf durch Zuströmen von links und rechts bilden, und sie wird dann auch einen festen parlamentarischen Boden finden.

Das Leben besteht aus Kampf. Gehen Sie in den Wahlkampf mit der Ueberzeugung, daß ein Stück Geschichte unseres Vaterlandes von seinem Ausgang abhängt. Deshalb müssen wir in diesem Wahlkampf dafür sorgen, durch Stärkung unserer Partei über alle Stürme der Revolution hinweg

dem Bürgertum wieder größeren Einfluß

auf unser geistiges und wirtschaftliches Leben zu verschaffen. Sorgen Sie dafür, daß wir nach dem Wahlkampf sagen können: Wir haben das unsre getan, das Staatsschiff wieder in sichere Bahnen zu lenken und seinen Kurs zu richten auf eine hoffnungsvolle und gute Zukunft. (Minutenlanger, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

Aus der Nationalversammlung.

Das Ergebnis der politischen Aussprache für die Deutsche Volkspartei.

Die politische Aussprache über die Regierungserklärung zu den Vorgängen im Ruhrrevier hat für die Deutsche Volkspartei zu zwei bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Einerseits hat die Rede des Abg. Dr. Most, soweit sie sich auf die genannten Unruhen und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen über die Reichswehr erstreckte, Erklärungen des Reichswehrministers Geßler hervorgerufen, die ihrer sachlichen Ausführungen wegen Beachtung verdienen. Anderseits haben die maßlosen und demagogischen Angriffe des neuen Reichsjustizministers Dr. Blunck gegen die Deutsche Volkspartei, zu denen er sich am Dienstag und Mittwoch berufen fühlte, einesteils durch den Widerspruch der Parteimitglieder, anderenteils durch eine Erwiderung des Abgeordneten Dr. Kahl am Mittwoch zu einer Bloßstellung dieses neuen Reichsbeamten geführt, die zeigt, daß dieses Amt von einem Mann versehen wird, der die dafür notwendigen Vorbedingungen an Charakter, Bildung und gerechter Sachlichkeit nicht besitzt.

Dr. Most hatte u. a. ausgeführt, daß die Lage im Ruhrgebiet sich derart zugespitzt habe, daß die Bevölkerung in einem hohen Grad von Besorgnis schwebe, und daß diese Besorgnis von der weitaus größeren Mehrzahl der Bewohner noch keineswegs gewichen ist angesichts der durchaus unzulänglichen Durchführung der Beruhigungsaktion seitens der Regierung und angesichts neuer Drohungen durch die Unruhestifter, die eine besondere Verstärkung erfahren durch die vollkommen unzureichende Waffenabgabe. Die Debatte habe sich durch die der Rede Dr. Mosts vorausgehende Erklärung Dr. Blunds auf einen sehr bedauerlichen Tiefstand herabgesenkt. Erst Herr Dr. Most vermochte es wieder, durch die sachliche und von der Absicht, dem deutschen Lande wirkliche Dienste zu erweisen, getragene Art seiner Ausführungen dem Parlament wieder einen würdevolleren Anstrich zu geben. Besonderes Gewicht legte er darauf, daß die Regierung sich verbürge und einsetze für die Erhaltung der Reichswehr; diesem Ziel galt auch seine Mahnung an die Sozialdemokratie, Mißhelligkeiten, die diese mit der Reichswehr auszugleichen beabsichtige, erst dann zu regeln, wenn die Lage im Ruhrgebiet tatsächlich wieder beruhigt sei. Seinen Dank sprach er auch aus neben der Reichswehr der Sicherheitswehr und den süddeutschen Truppen. Darüber hinaus forderte er von der Regierung klare Angaben über die innere Situation der Reichswehr, über die Mittel, die die Regierung anzuwenden gedenke, um neuen Terror zu verhindern, und über die Ernährungslage des deutschen Volkes. Der Reichsjustizminister ging auf diese sachlichen und für die innenpolitische und wirtschaftliche Beruhigung des Landes so außerordentlich wichtigen Fragen nicht ein. Erst der Reichswehrminister Dr. Geßler versuchte am Mittwoch hier die nötige Antwort zu finden. Seine Behauptungen, über die Parteipolitik hinaus auf einen Boden neutraler Erörterung zu gelangen, müssen anerkannt werden, und die Partei kargte auch keineswegs in dieser Hinsicht mit ihrem Beifall. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß mit allen Mitteln versucht werden soll, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, um dann nach erreichter Beruhigung die Reichswehr wieder neu aufzubauen, und zwar in einem Sinne, der die Politisierung der Truppe ausschließt. Es wäre zu wünschen, daß ihm hierbei von seiten der Regierung und der ihr nahestehenden einflußreichen, radikalen, sozialistischen Körperschaften vollkommen freie Hand gelassen würde. Denn wie Geßler ganz richtig ausführte, ist über die Reichswehr in diesen Tagen ein wahres Trommelfeuer von Unrecht und Beschimpfungen ausgeschüttet worden, daß, wenn die Rehabilitation der militärischen Ehre nicht sofort stattfindet, die Verdrossenheit der Soldaten zum Schaden des Landes einen verhängnisvollen Umfang annehmen muß. Dazu kommt, daß die Reichswehr durch die vorgeschriebene Verminderung unserer Präsenzstärke vor schwere wirtschaftliche Sorgen gestellt wird. Auch für die Sicherheitswehr fand der Minister Geßler warme Worte; er verkündete für die Greueltaten, die von der aufständischen Arbeiterschaft an ihr verübt worden sind, entsprechende Sühne.

Auf Grund der demagogischen Rede Blunds vom Dienstag sah sich die Deutsche Volkspartei veranlaßt, am Mittwoch noch einmal einen Redner zur Erwiderung vorzuschicken. Dazu wurde Abg. Dr. Kahl ausersehen. Die Ausführungen Kahls, die, wie nicht anders zu erwarten, von tiefer persönlicher Entrüstung und von absolut eindeutiger sachlicher Gerechtigkeit getragen waren, blieben nicht ohne tiefgehende Wirkung auf das Haus. Hatte schon Dr. Blunck in seiner Rede vom Dienstag bewiesen, daß er nicht die Fähigkeiten besitzt, sein Amt gerecht und sachlich zu verwalten, daß er nichts weiter ist als ein kleingeistiger Parteiagitator, so wurde das noch klarer durch die Ausführungen, die Dr. Kahl an Hand unträglicher Beweise gab. Es wird für die Mehrheitsparteien wie auch ganz besonders für die Demokraten stets ein Makel bleiben, daß sie diesen Mann in das Reichsjustizministerium geschickt haben. Ein Justizminister, der seine politischen Feinde mit Unterstellungen, mit Entstellungen, Unterdrückung und Hinzufügen bei Verlesung von parteiamtlichen Erklärungen zu erledigen versucht, sollte eigentlich sofort gerichtet sein. Aber nach dem Beifall, den Herr Blunck bei der Mehrheit des Hauses nach seiner Erwiderung der Kahlschen Rede fand, muß man annehmen, daß er für die parteipolitische Hetzarbeit der Regierung der gesuchte und gefundene Mann ist. Herrn Dr. Kahls sehr berechtigtes, ironisches Schlußwort, Dr. Blunck möchte, wenn er seine Amtswohnung in der Voßstraße noch nicht endgültig eingerichtet habe, doch lieber seine Privatwohnung beibehalten, dürfte daher weder bei Herrn Blunck noch bei seinen politischen Freunden in der Regierung und in dem Parlament die zu erhoffende Wirkung auslösen.

Der Wortbruch des Vizekanzlers Schiffer.

Der gewesene Vizekanzler des Deutschen Reiches, der Demokrat Schiffer, hat es in den kritischen Märztagen vorgezogen, nicht mit seinen Genossen in der Regierung „stiften“ zu gehen, sondern er ist in Berlin geblieben. Schiffer hat sich zweifellos gewisse Verdienste bei der schnellen Beendigung der Krisis erworben. Er hat nur nicht den Mut, sich zu seinen Verdiensten zu bekennen, deshalb ist er an seiner eigenen Zweideutigkeit zugrunde gegangen.

Die Regierung Ebert-Bauer ließ aus Stuttgart erklären, daß sie unter keinen Umständen mit den Kapprebellen verhandeln würde. Tatsächlich hat aber Herr Schiffer — und deshalb kann man ihm nur dankbar sein — durch bekannte Abgeordnete mit dem General von Lüttwitz verhandelt. Am 17. März fand in den Amtsräumen des Vizekanzlers und Justizministers Schiffer eine Sitzung statt, an der die

Herren Trimborn (Zentrum), Hergt (Deutschnationale Volkspartei), Gothein (Demokratische Partei) und Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei), General von Lüttwitz und Hauptmann Pabst teilnahmen. In dieser Besprechung gelang es, den General von Lüttwitz (Kapp war schon vorher zurückgetreten und hatte dem General von Lüttwitz die Militär-Diktatur übertragen) zum sofortigen Rücktritt zu bewegen. Als Herr von Lüttwitz das Gebäude verlassen hatte, berieten die Herren, in nunmehriger Anwesenheit des Herrn Schiffer, über die Form, in der der Oeffentlichkeit der Rücktritt des Generals von Lüttwitz angezeigt werden sollte.

In Gegenwart des Herrn Vizekanzlers Schiffer und unter dessen tätiger Mitwirkung bei der Formulierung entwarf der Unterstaatssekretär John vom Reichsjustizamt den Wortlaut folgender Bekanntmachung:

WTB. (Amtlich.) 17. März. Generallandschaftsdirektor Kapp ist, um den inneren Frieden herbeizuführen, zurückgetreten. Aus dem gleichen Grunde hat General von Lüttwitz seinen Abschied eingereicht. Der stellvertretende Reichskanzler hat im Namen des Reichspräsidenten den Abschied bewilligt und mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte den General der Infanterie von Seeckt beauftragt.

Zwischen führenden Mitgliedern der Fraktionen der Mehrheitsparteien, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei besteht Uebereinstimmung über folgende Punkte:

1. Die Neuwahlen zum Reichstage sollen spätestens im Juni des Jahres stattfinden.

2. Die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt nach Maßgabe der Reichsverfassung durch das Volk.

3. Eine alsbaldige Umbildung der Reichsregierung wird für erforderlich gehalten. —

Wie groß war aber die Ueberraschung der an den Besprechungen beteiligt gewesenen Abgeordneten, als die amtliche Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Büros nicht in der vereinbarten Weise erschien, sondern in der Form: Kapp und Lüttwitz sind davongejagt, die Diktatur der Militärkaste ist vorüber usw. Auch Herr Schiffer erließ eine ähnliche Proklamation, und kurz darauf erschien die Mitteilung, daß weder die Regierung noch die Mehrheitsparteien sich überhaupt auf irgendwelche Verhandlungen mit Kapp und Lüttwitz eingelassen hätten.

Wie ist dem Volke Sand in die Augen gestreut worden! Man lese nur die schwülstigen Reden nach, die in Stuttgart in der Nationalversammlung gehalten worden sind. **Aber es kommt noch viel schöner.**

Es ist in eingeweihten Kreisen schon durchgesickert und wir haben keine Veranlassung, es unseren Lesern zu verschweigen, daß die Verhandlungen zwischen den Kapp-Leuten und der Regierung viel intensiver gewesen sind und sogar zum förmlichen **Abschluß von zwei Geheimabkommen geführt haben.**

Herr Schiffer hat den Herren aus den politischen Parteien, die ernstlich bestrebt waren, die Krise schnell zu beenden, zugesagt, daß die Regierung ein Amnestiegesetz für alle politischen Vergehen seit dem 9. November 1918 vorlegen und daß selbstverständlich auch die Herren Kapp und Genossen unter dieses Gesetz fallen würden. Auch dem Wunsche des Militärs, daß in Zukunft die Stelle des Kriegsministers mit einem Fachmann, d. h. mit einem Militär, besetzt werden sollte, sagte Herr Schiffer Erfüllung zu, Herr Justizminister Schiffer versprach den Herren sogar, den Oberreichsanwalt anzuweisen, in der Angelegenheit der Herren Kapp-Lüttwitz usw. nichts zu unternehmen.

Die Herren **Gothein** von der Fraktion der Demokratischen Partei und **Trimborn** von der Zentrumsfraktion übernahmen die Garantie, die Wünsche des Herrn Schiffer in ihrer Fraktion durchzusetzen.

Ein namhafter Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion übernahm es, in seiner Partei für das Abkommen zu wirken, und erklärte, seine Fraktion werde das Amnestie-Gesetz „passieren lassen", d. h. keine Schwierigkeiten bereiten.

Das sind die Verhandlungen, über die übrigens noch mehr zu reden sein wird, **die Herr Schiffer mit den Putschisten vom 13. März und den politischen Parteien gepflogen hat.**

Sein Wort hat Herr Schiffer nicht gehalten. Deshalb mußte er, gleich **Erzberger**, von der politischen Bühne abtreten.

Zentrumsblätter über die Schuld an den Ruhr-Ereignissen.

Die Presse der Mehrheitsparteien bemüht sich fortgesetzt, die **Schuld an den Ruhr-Ereignissen**, an der **bolschewistischen Erhebung** im Industriegebiet und an den **Greueltaten der roten Horden** dem **Kapp-Putsch** in die Schuhe zu schieben. Selbstverständlich ist das Heuchelei und Verleumdung. Die **Zentrumsblätter** in Rheinland und Westfalen haben eine ganz andere Ansicht. Sie betonen mit aller Schärfe, daß es sich um ein lange vorbereitetes Unternehmen der Aufständischen handelt, und daß **gerade die Haltung der Regierung und der Mehrheitsparteien die Schuld trifft**, daß sich die Zustände im Ruhrgebiet so unheilvoll entwickelten und voraussichtlich leider noch weiter entwickeln werden.

So schreibt die „**Essener Volkszeitung**" vom 7. April: „Ein Jahr hindurch hat der regierende Marxismus in Presse und Versammlungen mit Argumenten und mit Maschinengewehren die Arbeiterschaft darüber aufzuklären gesucht, was für ein Wahnsinn und Verbrechen ein Streik zu politischen Zwecken ist. Bevor aber der herrschende Marxismus vor dem Putsch Lüttwitz sich von der Reichshauptstadt trennte und gegen Süden zog, erließ er, seine eigenen Lehren treulos im Stiche lassend, die Aufforderung zum politischen Generalstreik und schleuderte so die Brandfackel ins deutsche Haus. Zuerst ist der Kasseler Oberbürgermeister Scheidemann für diese politische Wahnsinnstat verantwortlich gemacht worden, nachträglich konnte aber festgestellt werden, daß der frühere Reichskanzler Bauer seine Hand dabei im Spiel gehabt hat. Der Marxismus zeigte sich dabei als der kläglichste Kurpfuscher und Doktor Eisenbart, der das Zahnweh kuriert, indem er dem Kranken den Kopf wegschneidet und Deutschland vom Putsch militärischer Malkontenten befreit, indem ein blinder, haßerfüllter Simson die Säulen umreißt, die das deutsche Haus tragen und so dieses zum Einsturz zu bringen droht . . Die von der Sozialdemokratie beherrschte Reichsregierung hat sich nicht als eine Regierung der Tat, sondern als eine Regierung der nichtssagenden Worte präsentiert, die Parteipolitik ist über die Interessen des Vaterlandes und des Allgemeinwohls gestellt worden."

Die Dortmunder „**Tremonia**" fällt über die Lage folgendes Urteil: „Kehrt die Regierung nicht zurück zu dem Wege, den sie nach langem Zögern endlich beschritten hatte, so haben wir nach dem Triumph der roten Terroristen in wenigen Wochen den Bolschewismus in Reinkultur im ganzen rheinisch-westfälischen Industrierevier." Das Blatt weist auf die Gefahr hin, daß bei einer Verkennung der Sachlage und bei Unterlassung der Maßnahmen, die allein den Bewohnern des Industriegebietes eine ruhige Arbeit gewährleisten, die Westfalen sich nicht weiter um Berlin kümmern, sondern für sich selbst sorgen werden. Habe Berlin Lust, dem Bolschewismus das rheinisch-westfälische Industrierevier zu überlassen, dann vertreten die Bewohner dieses Reviers die Kultur des Westens vor Berliner Leisetreterei. Die Vertreter des Zentrums, die das Ohr der Berliner Regierung haben, werden aufgefordert, unter allen Umständen und mit der größten Energie darauf hinzuwirken, daß das Hin- und Herfackeln endlich aufhört. Das Blatt schließt: „Wir wollen endlich wissen, woran wir sind: Mit oder ohne Berlin. Wir wissen, daß das harte Worte sind, aber die Not der Stunde gebietet sie."

In der Karfreitagsbetrachtung des „**Münsterschen Anzeigers**" las man folgende Abrechnung mit den Regierungsparteien wegen der Verhandlungen mit den Bolschewisten: „Und dabei ist ein Umstand auffallend: In dieser Regierung haben die bürgerlichen Parteien die Majorität. Das Kabinett besteht aus 5 Mehrheitssozialisten, 3 Demokraten und 4 Mitgliedern des Zentrums. Man greift sich an den Kopf und fragt sich: Wie ist so etwas möglich? Selbst abgesehen von Herrn Giesberts, der sich durch seine Bielefelder Mißgeburt gebunden erachten mag, haben die Bürgerlichen die Mehrheit über die Sozialisten! Entweder sind diese bürgerlichen Mitglieder nicht imstande, die Lage im Rohrrevier zu begreifen, oder sie sind nicht imstande, ihren Willen trotz ihrer Mehrheit durchzusetzen, oder sie sind **selbst innerlich bereits dem Bolschewismus verfallen.** Eine vierte Möglichkeit gibt es nicht."

Glorreiche Errungenschaften.

Dr. Elisabeth Lüders, Bad Harzburg.

Der Umsturz einer Staatsform und ihre gewaltsame Ersetzung durch eine andere ist — wie die Geschichte die Jahrhunderte hindurch beweist, — stets eine Reihe derselben Folgeerscheinungen aus. Der Nimbus, den Legitimität und Tradition der untergegangenen Macht verleihen, er ist vielleicht das bedeutungsvollste jener Güter, die die junge neue Macht sich nicht verschaffen kann. Ein Gut, das sie durch maßlose Kritik zu entwerten sucht, ein Gut, das sie verspottend herabsetzt, wobei sie allerdings Gefahr läuft, die Rolle des Fuchses zu spielen, dem die Trauben zu sauer sind. Die Gegenüberstellung des „fluchwürdigen alten Systems" und der „glorreichen Errungenschaften des neuen" ist die gebräuchliche typische Formel aller revolutionären Strömungen und der Kampf der neuen Machthaber richtet sich nicht nur gegen die sogenannten Träger des alten Systems, sondern gegen alle, die eine gerechte Würdigung des Vergangenen suchen, die zwar wissen, daß jedes lebende, in der Entwicklung begriffene Gebilde niemals in der Vollendung, niemals als Ideal da stehen, sondern stets reformfähig sein wird, die aber doch das Gute des Untergegangenen in dankbarer Treue anerkennen.

Im Gegensatz zu denen, die sich zu dem Schiller-Worte bekennen: „Wir sind die Schuldner vergangener Jahrhunderte", erstrebt jede revolutionäre Zeit eine Loslösung von historischer Tradition. Daher in der deutschen Republik die Aenderung des Reichswappens, daher die Niederholung der schwarz-weiß-roten Fahne, ein Entschluß, der infolge seiner ungeheuren Unbeliebtheit beim Volke wohl manchen Abgeordneten des Zentrums und der Demokratie schon gereut haben mag, der in Weimar für ihre Abschaffung stimmte. Daher auch die Erlasse von Hänisch, die durch Entfernung von Fürstenbildern, durch Verbot der bisher gebräuchlichen Geschichtsbücher die Jugend loszulösen versuchen von dem, was sie früher als wertvoll und verehrungswürdig erkannte. Daher schließlich der Wahn, daß die

Erfüllung eines Staates mit demokratischem Geiste gewährleistet wird durch die Entlassung aller „reaktionären" Beamten, für deren Realisierung selbst die Anwendung der verächtlichste Mittel nicht abgelehnt wird. Die Denunzianten, diese „Hunde des Demos", sie spielen im neuen Deutschland eine nicht minder wichtige Rolle als in der athenischen Demokratie, auch ihr klägliches Handwerk streift eine Zerstörung des Festhaltens an überlieferten Werten an.

Das erschreckende Umsichgreifen des Denunziantentums, in dessen Dienst sich in erster Linie der „Vorwärts" stellt, ist keine singulär bei uns dastehende Erscheinung, sondern auch wieder Begleiter jeder Revolution. So erzählte ein aus dem Baltikum geflüchteter Deutscher, der als Professor an der deutschen Schule in Mitau gearbeitet hatte, daß, nachdem diese Stadt von den Letten besetzt war, der lettische Schulkommissar die Schüler aufgefordert habe, Schulkameraden und Lehrer zu denunzieren, da es jetzt die Hauptsache sei, die Stadt von „schlechten Elementen" zu reinigen.

Unter dem Schlagworte Demokratisierung der Verwaltung hat auch bei uns diese Reinigung eingesetzt, d. h. eine Umgestaltung des Beamtenkörpers, die zu einer völligen Verdrängung aller Beamten führen muß, die nicht Anhänger der gegenwärtigen Mehrheitsparteien sind. Die sich hieraus ergebende moralische Gefährdung, wie die Gefahr, daß durch dieses System der „Auslese" zahllose Tüchtige nicht freie Bahn vor sich sehen, nimmt einem großen Teil der wertvollsten Kräfte unseres Volkes die Möglichkeit der Auswirkung.

Wieweit diese Bestrebungen, die Erwerbung eines Amtes von der Parteizugehörigkeit abhängig zu machen, von sozialdemokratischer Seite gehen, zeigt besonders ein Artikel im „Vorwärts", von dem früheren Arbeitersekretär Krüger, der bitter darüber klagt, daß der Ersatz der Beamten des alten Systems durch Angehörige der Regierungsparteien nicht schnell genug vor sich gehe, und der die erste Voraussetzung der Demokratisierung der Staatsverwaltung darin erblickt, daß die Minister sich mit sozialistischen Mitarbeitern umgeben.

Daß aber auch von demokratischer Seite Gesinnungstüchtigkeit als Garantie oder Ersatz für wahre Tüchtigkeit angesehen wird, hat Richthofen mit einer nicht zu überbietenden Brutalität in der Börsen-Zeitung Nr 573 zum Ausdruck gebracht, wenn er fordert, daß Angehörige oppositioneller Parteien grundsätzlich von allen Beamtenstellen auszuschließen seien; eine treffliche Illustration zu dem seinerzeit von Gertrud Bäumer in der Nationalversammlung gesprochenen Worte: „Demokratie ist aktiver Liberalismus".

Eine Regierung, die eine derartige Intoleranz beweist, zeigt, daß sie vom wahren Liberalismus nicht einen Hauch verspürt. Marezky hat die Anschauung der gesamten Deutschen Volkspartei zum Ausdruck gebracht, wenn er sagt, daß ein Eintritt derselben in die Regierung eine wesentliche Aenderung des Regierungskurses bedeuten würde.

Ohne Parteischeuklappen, wie Stresemann sagt, würde die Deutsche Volkspartei verlangen, daß für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes auch die Kräfte mobil gemacht werden, die sich im alten Deutschland als lebenstüchtig und wertvoll für Gestaltung von Form und Inhalt des Staats erwiesen haben. Dafür werden auch gerade wir Frauen der Deutschen Volkspartei uns einsetzen.

Das staatsgefährliche „Kgl."

Es ist unerhört, in welch entsetzlichen Gefahren fortgesetzt die deutsche Republik schwebt. Nicht nur Kapp-Putsche trachten nach ihrem kostbaren jungen Leben, jede Stunde und Minute ist sie in ihrem Bestande allerorten bedroht durch Erinnerungsreste an das fluchbeladene alte Regime. Gräßlich zu sagen und zu sehen, daß an manchen preußischen Eisenbahnwagen noch K. P. E. V. steht, daß Postämter am Giebel noch die Bezeichnung „Kaiserlich" tragen, daß gar hier und da ein altes stolzes Wappentier sich spreizt statt des gerupften Pleitegeiers, der jetzt so sinnig das Symbol der neuen Zeit und unseres Ergehens in ihr ist. Gräßlicher noch, daß es Behörden, Amtsstellen in Reich und Staat gibt, die auf Formularen und Briefköpfen, in Stempeln und Siegeln die staatsgefährlichen Buchstaben „Kgl." oder „Kaiserlich" führen. Wo soll da Ruhe und Sicherheit herkommen in der deutschen Republik?

Die Kapitolretter der sozialdemokratischen Presse kommen denn auch aus dem aufgeregten Schnattern nicht heraus. Tagtäglich schlagen sie in der Provinz und in Berlin Lärm und denunzieren bald diese, bald jene Amtsstelle wegen konterrevolutionärer Gesinnung, die sich in der Duldung solch staatsgefährlicher Buchstaben oder Worte bekundet. Beim „Vorwärts" insbesondere kommt die Zornesader gar nicht mehr zum Abschwellen, und mit dem Rotationspapier, das er an diesen Gegenstand schon gewandt hat, könnte der Papiernot mancher Provinzzeitung abgeholfen werden. Zwar haben die wohlweisen Reichs- und Staatsregierungen das Mögliche auch in diesem Betracht getan; und es sind schon etliche Millionen aufgewendet zur Abstellung besagter Staatsgefährdung. Mit solchem Verständnis, daß von Künstlern aller Parteirichtungen bereits nachdrücklichster Protest gegen den dabei betriebenen dumm bananusischen Unfug erhoben werden mußte. Und es ist ein erhebender Beweis der Fürsorge der hohen Regierenden, wenn man Eisenbahnwagen besteigt, an denen das Wappen sowohl wie die ominösen Buchstaben fein säuberlich überstrichen sind. Was schadet es, wenn dabei die Fenster überstrichen und die Polster zerrissen sind und durch die Decke der Regen tropft; ein guter Republikaner wird dafür entschädigt durch die beruhigende Gewißheit, daß draußen der ††† Monarchie endgültig der Garaus gemacht ist. Es soll zwar Leute geben, die der Meinung sind, es sei nützlicher, die Zeit und das Geld, die man für diese Arbeit aufwenden muß, an Ausbesserungsarbeiten dringendster Art zu wenden, damit die zur Fahrt mit der preußischen Staatseisenbahn Verurteilten nicht durch eine Kombination von Zugluft und Brausebad in gesundheitliche Gefahren gebracht werden. Aber diese Nörgler sind offenbar verkappte Kappisten, Nieder mit ihnen!

Um im Ernst zu reden: die alberne Bilderstürmerei, die sich jetzt zur Buchstabenjagd reduziert hat, beweist doch ein unsagbar klägliches geistiges Niveau ihrer Veranstalter. Beweist auch, daß sie Toleranz für ein Fremdwort halten, für das es keine Verdeutschung gibt, obwohl Duldung gar nicht übel klingt. Beweist aber weiterhin und in der Hauptsache, daß die neuen Herren und ihre Gefolgen von der Trefflichkeit ihrer „neuen Zeit" und ihres „neuen Deutschland" nicht sehr überzeugt sind. Sonst könnten ihnen die Erinnerungszeichen an das fluchbeladene alte Regime nicht solche Beklemmungen bereiten. Aber sie bemühen sich wirklich umsonst: die Erinnerung an die Zeiten vor dem 9. November 1918 drängt sich jedem Einzelnen tagtäglich gegenüber der allseitigen Misere der heutigen Verhältnisse so nachdrücklich auf, daß es zu keiner Embleme und Wappenzeichen bedarf. Durch einen noch so schönen roten Außenanstrich wird das Haus der deutschen Republik innen nicht wohnlicher. Es ist nur schade um die Mühe und die Kosten. Und es ist obendrein blamabel.

Lernt den Friedensvertrag kennen!

Dr. Frhr. v. Lersner, der frühere Vorsitzende der deutschen Friedensabordnung in Frankreich, hat am Sonntag auf Veranlassung der Deutschen Volkspartei in Köln einen Vortrag über Versailles und Paris gehalten, über den wir bereits berichtet haben. Wir haben im Anschluß hieran Gelegenheit genommen, ihn über seine Auffassung des Friedensvertrags von Versailles zu befragen. Baron Lersner gab seinem Bedauern Ausdruck, daß man in den weitesten deutschen Kreisen fast keinerlei Kenntnis von den fürchterlichen Bestimmungen des Versailler Friedens habe, und führte im Anschluß daran folgendes aus:

Die deutsche Regierung hatte durch das Friedens- und Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober 1918 das bekannte Wilsonprogramm angenommen. Nachdem Deutschland gezwungen gewesen war, die drakonischen Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, hoffte man bei uns, daß bald ein Friede der Gerechtigkeit und des Wiederaufbaus folgen würde. Ueber ein Jahr hat es gedauert, bis der Friedenszustand hergestellt war. Und welche Bedingungen hat Deutschland unterschreiben müssen! In den langen Sitzungen, in denen Wilson, Clemenceau und Lloyd George den Friedensvertrag geschaffen haben, hat der Wille Frankreichs den Sieg davongetragen.

Wenn man die Wilsonpunkte sich vergegenwärtigt, so lassen sich die Ansprüche auf das Saargebiet, Eupen-Malmedy, Westpreußen, die deutschen Teile Posens, Oberschlesiens nicht rechtfertigen, ebensowenig die jahrelange Besetzung des Rheinlands und der Brückenköpfe. Unsere Kolonien sind unter unsere bisherigen Gegner aufgeteilt. Und wie hat der Friede in wirtschaftlicher Beziehung das Wilsonprogramm verändert? Neben dem Verlust wichtiger Produktionsgebiete an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Erzen und Kohle haben wir fast sämtliche deutschen Handelsschiffe, einen großen Teil unserer Fischereifahrzeuge auszuliefern, mehrere hunderttausend Tonnen Handelsschiffe für unsere Gegner neu zu erbauen. Eine große Zahl der Flußschlepper und Boote muß abgegeben werden. Unser Auslandsvermögen ist uns genommen. Kriegsmaßnahmen gegen deutsches Eigentum sind in den Verbandsländern auch in Zukunft zulässig. Ohne Gegenseitigkeit haben die uns feindlichen Staaten bei uns die Rechte der meistbegünstigten Nationen. Der Deutsche ist durch die Aufhebung der alten Staatsverträge im Ausland vielfach rechtlos. Wir haben in den ersten Jahren 40 Millionen Tonnen und später 30 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern. Nebenprodukte der Kohle, chemische Erzeugnisse und Farbstoffe, Eisenbahnmaterial in den abgetretenen Gebieten, Ueberseekabel müssen wir abgeben. Wir sollen an der Wiederherstellung der zerstörten feindlichen Gebiete mitwirken. Hier handelt es sich besonders um Lieferung von Maschinen Tieren (unter anderm 140 000 Milchkühe), Möbel usw.

Wir haben die gesamte belgische Kriegsschuld bis zum Jahre 1926 in Gold zu bezahlen. Bis zum 1. Mai 1921 haben wir 20 Milliarden Goldmark in Anrechnung auf unsere Schuld zu zahlen, und zwar im wesentlichen durch Leistungen in Waren, Schiffen, Gold und Wertpapieren, 40 Milliarden Goldmark in Anweisungen auf den Inhaber auszustellen, die hoch zu verzinsen sind. Für den Dienst der Kriegsentschädigung kann der Wiedergutmachungsausschuß die gesamten Steuereinkünfte Deutschlands in erster Linie heranziehen.

Trotzdem die Wilsonpunkte ausdrücklich bestimmen, daß keine allgemeinen Kriegskosten zu ersetzen sind, setzt der Friedensvertrag sehr erlich fest, daß Deutschland grundsätzlich die gesamten Kriegskosten zu tragen habe. Daher fallen uns auch die ungeheuern Pensionszahlungen an die militärischen Opfer des Krieges in den Verbandsländern zur Last, ebenso die an staatlichem und privatem Eigentum entstandenen Schäden, die Geldauflagen, Geldstrafen usw. Schwer belastend sind die Zollbestimmungen, die der Friedensvertrag uns auferlegt. Die deutsche Heeresstärke ist auf 100 000 Mann herabgesetzt, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht genügen. Da das neue Heer ein Söldnerheer mit zwölfjähriger Dienstzeit sein muß, werden seine Kosten die Ausgaben für unsere alte Wehrmacht von 800 000 Mann um ein Vielfaches übersteigen. Bei allem dem wissen wir nicht, wie hoch die Summe ist, die als Kriegsentschädigung uns auferlegt wird. Der französische Finanzminister hat allein die Forderung Frankreichs auf 470 Milliarden Franken geschätzt, während das deutsche Volksvermögen vor dem Kriege höchstens mit 370 Milliarden Franken zu veranschlagen war. Das also hat der Friedensvertrag aus dem Wilsonprogramm gemacht!

Was wird die Folge dieses Friedens sein? Graf Brockdorff-Rantzau hat sie am 13. Mai klar vorausgesagt: „Wir werden nicht in der Lage sein, die Bevölkerung Deutschlands bei Erfüllung dieser Friedensbedingungen zu ernähren; wer diesen Friedensvertrag zeichnet, wird dadurch das Todesurteil vieler Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder unterschreiben." Schon jetzt, wenige Wochen nach der Inkraftsetzung des Friedensvertrags, sind die fürchterlichen Folgen

bemerkbar: Dauernde Unruhen in Deutschland; Deutschlands und Europas Produktionskraft sinkt andauernd; der Geldmarkt und die Transportlage Deutschlands und Europas verschlechtern sich zusehends; ständig wächst die Unmöglichkeit, für Europa aus überseeischen Ländern die nötigen Nahrungsmittel und Rohstoffe zu kaufen. Den Warnungen Brockdorff-Rantzaus, des Amerikaners Hoover, des Engländers Kennes, hat in Paris niemand Glauben schenken wollen. Drohend erhebt der Bolschewismus sein Haupt. Trotz der Zustände in Sachsen, Thüringen, Westfalen, im Ruhrgebiet will der Verband, namentlich Millerand, noch nicht an sein Vorhandensein glauben. Wehe Europa, wenn der Bolschewismus in Deutschland zum Siege gelangt!

Ich klage den Vertrag von Versailles an als den inneren Grund aller Unruhen, alles Elends, aller Putsche und alles Blutvergießens in Deutschland.

Die Politik der Woche.

Zurzeit herrscht in Deutschland in vielen Mehrheitskreisen, vor allem aber bei der Regierung, eine Nervosität, die von einem Tage zum anderen den Zusammenbruch befürchtet, die neue Kapp-Putsche vor der Tür glaubt und vor jedem Angehörigen der Reichswehr drei Kreuze schlägt. Wieviel Echtes und wieviel Gemachtes an dieser Nervosität ist, wieviel wahre Furcht und wieviel schlaue Spekulation, das wird sich scharf wohl nicht begrenzen lassen. Jedenfalls — diese Nervosität ist vorhanden und wird sicher aus beiden Quellen gespeist. In jedem Falle aber ist Nervosität das Zeichen eines schlechten Gewissens, und ein solches dürften die Herren Müller, Koch, Blunck und Genossen allerdings wohl auch haben. Ein sachlicher Grund ist ohne allen Zweifel wohl gegeben. Die Flucht vor der Gefahr, als es galt, Kerl zu sein und seine Mannheit zu beweisen, die Ausrufung des Generalstreiks, die schaudernde Angst vor einer Handvoll Schreier, im Ruhrgebiete ein- und durchzugreifen, die Hölz-Blamage, die stetig wachsende Versumpfung unseres innen- und außenpolitischen Lebens — all das kann, zumal vor Neuwahlen, die über die Struktur unseres Staatslebens entscheiden sollen, selbst Beherzte schon ein wenig schwindlig machen. Um wieviel mehr die Männer der großen Worte und der starken Gesten, die bei uns am Ruder stehen, die aber diesen starken und großen Worten kein ebenso starkes Wollen und großes Können entgegenzusetzen haben. Rechts steht der Feind: das war das A und O Hermann Müllerscher Staatsweisheit, war die ministerielle Resonanz des demokratischen Amtsinhabers Blunck; war das Feldgeschrei der Hue, Braß und sonstiger Rufer im Streit. Darum die unbegründete und an den Haaren herbeigezogenen Ausfälle gegen die Deutsche Volkspartei, wo sicherlich nicht die schlechteste Hut der deutschen Vergangenheit ist, aus der heraus diese Volkspartei folgerichtig über die Niederungen der trostlos traurigen Gegenwart wieder in eine große Zukunft hinein will. Hinein muß. Das ist ihre Aufgabe, die sie sich selbst gestellt hat. Ohne die sie keine Bedeutung und keine Berechtigung hätte. Dieses Ziel aber bedingt nicht die Aufrollung neuer innerer Kämpfe, nicht die stets fortschreitende Zerklüftung des deutschen Bürgertums (wobei wir diesen Begriff dem des deutschen Volkstums gleichsetzen; denn Bürger sind wir alle, die wir Deutsche sind, gleichviel, ob wir hinter den Maschinen stehen oder vor den Schreibtischen sitzen. Wege reden oder für des Leibes und Lebens Nahrung sorgen). Dieses Ziel bedingt: Zusammenfassung all der Kräfte, die schaffensfreudig den heute vagen Begriff Deutschland wieder zu greifbaren Ehren bringen möchten; und in diesem heute vagen Begriff Deutschland wieder deutsche Zucht und Ordnung, deutschen Fleiß und deutsches Vorwärtsstreben hineintragen wollen. Ueberprüfen wir den Verlauf der letzten großen (leider nur räumlich großen) Auseinandersetzung in der Nationalversammlung, so ergibt sich, daß die Deutsche Volkspartei vielleicht am klarsten diesem Ziele nachstrebt, am phrasenlosesten jedenfalls, und jedenfalls nicht, wie das Zentrum beispielsweise, von der jeweiligen Windrichtung in den Wählermassen getrieben. Die Deutsche Volkspartei soll der Magnet sein, der durch alle Klassen und alle Schichten der Bevölkerung hindurch die Elemente der Ordnung und der Arbeit anzieht. Denn nur so, so nur allein, ist die Errichtung eines Fundaments möglich, von dem aus die Streben in die Höhe gerichtet werden können, die einmal das freie Deutschland tragen sollen. Die Regierung aber will von diesem Werdewillen nichts wissen. Denn er stört sie in der Ruhe ihrer bejammerswerten Mittelmäßigkeit, die keine Gedanken gebiert, sie stört aber auch ihre — Wahlparole. Da heißt es nun einmal: Kampf nach rechts! Und zwar darum, weil diese Regierung mit dieser Parole die Massen noch einmal blenden und übertölpeln zu können hofft. Kampf nach rechts heißt immer noch Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Militarismus. Das zieht. Zieht, trotzdem der Militarismus längst schon zur Roten Armee der Hue, Braß und Genossen und der Kapitalismus zu den Arbeitslosen und Müllkutschern abgewandert ist . . . Aber, wie gesagt: Kampf nach rechts — das blendet die Urteilslosen anscheinend immer noch.

*

Seit einer Reihe von Tagen befindet sich das Lager der Regierungsparteien in heller Aufregung. Das Gespenst eines neuen Putsches geht dort um. Und da sich offenbar die Regierung samt ihren Anhängern noch nicht von den Aufregungen der fluchtartigen Reise nach Dresden und Stuttgart erholt hat, so wirkt das Gespenst wie der Schreckschuß auf eine aufgeregte Volksmenge. Die geringste Alarmmeldung erzeugt eine Gemütsstimmung, die sich nach außen in einer unverkennbaren Kopflosigkeit des Handelns kundgibt. Man liest von plötzlichen Hin- und Herreisen zwischen Stettin und Berlin, man steht eines Morgens in der Wilhelmstraße wieder einmal vor der bekannten Drahtsperre, man wird hinters Licht geführt durch die Meldung von der Verhaftung des Herrn Kapp und des Generals v. Lüttwitz und schließlich erlebt man schaudernd die Aufdeckung einer „Verschwörung" im Reichswehrministerium und die Verhaftung einer Anzahl „schuldiger Offiziere" und „kommunistischer Mitverschwörer", begleitet von den unheimlichen Szenen eines nächtlichen Verhörs durch den Reichswehrminister und andere hohe Beamte. Und schließlich verfliegt alles wie Schall und Rauch und es bleibt nicht das geringste Greifbare zurück. Woran liegt nun die Aufregung? Ist das Putschgespenst wirklich so schreckenerregend, oder sind die Nerven im Regierungslager derart angegriffen, daß man am hellen Tage Gespenster sieht? Wir haben die Versicherung gehört, daß man jetzt auch in Regierungskreisen die Lage als entspannt ansieht. Ob sie wirklich einmal gespannt war, ist schwer zu sagen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß nach dem völligen Zusammenbruch der militärischen Märzrevolte abermals ein ähnlicher Streich geplant sei. Nachdem Herr Kapp den verbrecherischen Wahnsinn eines solchen Streiches auch dem Verblendetsten vor Augen geführt hat, wäre eine Wiederholung nur noch bei geistiger Unzurechnungsfähigkeit erklärlich, und gegen einen solchen Exzeß sollte doch die Regierung gewappnet sein. Unter diesen Umständen stellen sich die Regierungskreise durch ihre Schreckhaftigkeit wirklich ein außerordentlich betrübendes Zeugnis aus. Wir behaupten nach wie vor: Die Gefahr steht links. Die Redereien über die Putschversuche von rechts sind Wahlmanöver. Denn sonst scheinen selbst die zuversichtlichsten unter den Mehrheitsparteien ihr Spiel für verloren zu geben. Die Sozialdemokraten sind seinerzeit unter der Parole: Friede, Freiheit und Brot in den Wahlkampf gezogen, die Demokraten für eine Volksgerechtsame die den Himmel auf die Erde zauberte. Die Zentrumsleute stritten zwar mit der Rechten gegen die Sozi, schlossen sich aber, als sie sich als regierungsfähig erwiesen, gleich in die erste Kumpanei ein. Und heute? Friede, Freiheit und Brot? Jeder Tag belehrt auch die blödesten Massen über den Humbug, der mit diesem Versprechen getrieben worden ist. Die demokratische Volksgerechtsame? Aemterschacher, Amtsklebere, Inzucht, Korruption an allen Ecken und Enden — das tut der hirnlose Sozialisierungsgalopp, die unsachlich dilettantische Steuergesetzgebung der Herren Erzberger und Mösle, an der alle Regierungsparteien beteiligt waren, ebenso wie an der Ausrufung des Generalstreiks, des größten Verbrechens, das je am deutschen Volke begangen worden ist. Nein, nein, es muß schon etwas Handgreifliches sein, um die Massen wieder in den alten Trott zu bringen. Darum: die Hetze nach rechts und — das Laufenlassen nach links. Wir fürchten nur, daß beides zusammen ein Drittes zeugt: den Zusammenbruch, noch bevor die neue Ernte in der Scheuer ist, wenn nicht — das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit sich auf seine Pflicht besinnt und mit dem Stimmzettel in der Hand der demokratischen Unfähigkeit unseres Zeitalters den Absagebrief schreibt, jener Unfähigkeit, die uns nicht zuletzt auch in die Kappwirren hineingeführt hat und über deren Haupt alle Folgen dieser Kappwirren kommen!

*

Das Urteil das in Moabit gegen die Teilnehmer an der Skandalaffäre im Hotel Adlon gefällt worden ist, hat das „Berliner Tageblatt" und den „Vorwärts" in schäumende Wut versetzt. Bisher war es in Deutschland immer noch Brauch, auch bei schärfster sachlicher Kritik gegen ein Gerichtsurteil die Ueberzeugung und den guten Glauben der Richter nicht anzuzweifeln. Die deutsche Rechtsprechung stand und steht auf einer so unergreifbaren Höhe, daß dieser Brauch durchaus gerechtfertigt ist. Dem früheren Reichskanzler Bauer blieb es vorbehalten, aus Anlaß des Falles Erzberger in Stuttgart in öffentlicher Rede in der Nationalversammlung in diesen Brauch Bresche zu legen. Aus Anlaß des erwähnten Moabiter Urteils folgen der „Vorwärts" und das „Berliner Tageblatt" seinem wenig rühmlichen Beispiel. So behauptet der „Vorwärts", das Moabiter Urteil sei geeignet, „das ohnedies schwer erschütterte Vertrauen der breitesten Volksmassen in den deutschen Richterstand weiter zu untergraben und obendrein dem Deutschen Reiche in den Augen des modern denkenden Auslandes schwer zu schaden". Der „Vorwärts" bedauert, daß nach den bestehenden Gesetzen die Richter „nicht zu fassen sind". Im Anschluß daran wagt er folgendes zu schreiben: „Wir stehen hier vor einer offenbaren Lücke in der Gesetzgebung. Es muß endlich die Möglichkeit geschaffen werden, solchen Beamten, die den Empfindungen der Mehrheit des Volkes grundsätzlich ins Gesicht schlagen, zu entfernen. Die Republik nötigt niemandem Gewissenszwang auf, sie braucht sich aber auch nicht alles gefallen zu lassen. Es wird in Deutschland, zumal in dieser bewegten Zeit voll politischer Prozesse, niemals Gerechtigkeit herrschen können, wenn der wilhelminische Richterstand sich unfähig zeigt, unter republikanischem Regime seinen Geist den modernen Anschauungen anzupassen. Unter diesen Umständen müssen wir, die wir Gerechtigkeit verlangen und in dieser allein das Bestehen der Republik gewährleistet sehen, verlangen, daß die gesetzlichen Mittel geschaffen werden, um den Richterstand dort zu erneuern und zu säubern, wo es nötig ist." Diese Sätze müssen als Dokument unserer Entwicklung festgehalten werden. Der „Vorwärts" ist der erste, der öffentlich die Unabhängigkeit des deutschen Richterstandes und damit das sicherste Pfand unserer unparteiischen Rechtspflege anzutasten wagt. Er gibt mit seiner schamlosen Aufforderung dem Reichsjustizminister einen Wink, der gar nicht zu übersehen ist. Offenbar hält er Dr. Blunck nach dem Auftreten in der Nationalversammlung für die geeignete Person, um diese Revolutionierung der deutschen Rechtspflege durchzuführen.

Aus Welt und Zeit.

Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Die demokratische Presse, allen voran das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung", verdächtigen tagtäglich die Führer der Rechtsparteien, als wenn sie den Kapp-Putsch begünstigt hätten. Es wird weite Kreise des deutschen Volkes interessieren, daß es der Herr Chefredakteur Georg Bernhardt von der demokra-

tischen „Vossischen Zeitung“ war, der Herrn Kapp in der ersten Pressekonferenz, die die Putschregierung in Berlin abhielt, begrüßte und mit den Worten: „Das Wort hat der Herr Reichskanzler“ den Pressevertretern vorstellte. Also zügelt euch bei den Angriffen. Es hat gerade bei den Demokraten Leute gegeben, die versuchten, sich mit den Putschisten gut zu stellen.

*

Zweierlei Maß.

Als in Elberfeld die ersten Rotgardisten beerdigt wurden, bemerkte man unter den Kranzspenden ein Blumengewinde, das vor allen anderen durch seine Größe und die Anzahl der lebenden Blumen jedem in die Augen stechen mußte. Geschmückt war es mit zwei gewaltigen Schleifen. Auf der einen war zu lesen: „Die Deutschdemokratische Partei“, und auf der anderen las man die Worte: „Den gefallenen Freiheitshelden gewidmet“. — Noch ein zweiter Vorgang verdient in der Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Die gefallenen Rotgardisten wurden in allen Städten des westlichen Industriegebietes, in Elberfeld, Remscheid usw. auf den Ehrenfriedhöfen beerdigt, und eine Kompagnie der Roten Armee schoß über dem offenen gemeinsamen Grab den Ehrensalut. Und was geschah mit den Leichen der Reichswehrsoldaten? In stillem Zuge beförderte man sie auf die allgemeinen Friedhöfe hinaus. Niemand wagte es, ihnen, die ihr Leben für Ruhe und Sicherheit eingesetzt hatten, das letzte Geleit zu geben. Kaum ein ärmlicher Kranz, von mitleidiger Hand gestiftet, schmückte den Sarg.

*

Der Gipfelpunkt der Würdelosigkeit.

Vor einigen Tagen bereits brächte der Pariser „Temps“, um den peinlichen Eindruck, den die sinnlosen Frankfurter Schießereien im Auslande hervorgerufen hatten, abzuschwächen, eine Darstellung, als ob die Menge in Frankfurt durch Hetzer systematisch gegen die Franzosen aufgestachelt worden sei. Es sei dies besonders durch Studenten geschehen. In seiner Ausgabe vom 13. d. M. abends bringt es nun das deutsche (!) Regierungsblatt (!), genannt „Vorwärts“, fertig, unter der Ueberschrift: „Die Ursache der Frankfurter Blutkämpfe: Deutschnationale Verhetzung!“ u. a. folgendes zu melden:

Frankfurt a. M., 13. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Als die Franzosen am Morgen des 6. April Frankfurt besetzt hatten, verfügten sie unter anderem auch, daß das Erscheinen der Zeitungen vorläufig einzustellen sei. Am 6. und 7. April erschienen in Frankfurt keine Zeitungen, deutschnationale Hetzer und Hetzerinnen konnten daher recht ungestört ihre systematischen Aufpeitschungen in den vielen Straßenansammlungen vom Stapel lassen. Als durch die falsche Nachricht vom Abzug der Franzosen am 7. April eine besonders große Zahl von Neugierigen auf den Straßen waren, blühte der Weizen dieser Hetzapostel in besonders üppiger Weise. Verhetzte und Abenteurer gingen zu Beschimpfungen und tätlichen Beleidigungen gegen die Franzosen über, und die Folge war das bekannte Blutbad, dem 6 unschuldige Menschen zum Opfer fielen, darunter ein elfjähriger Knabe. — Der „Vorwärts“ übernimmt also ohne weiteres am 13. eine durch nichts erwiesene Lesart, die Tage zuvor in französischen Blättern zur im Voraus nicht möglichen Rechtfertigung der Mordtaten französischer Neger erschien. Nicht nur ermutigt er dadurch die Franzosen zur Wiederholung ähnlicher „Taten“, sondern er greift auch dem Ergebnis der Untersuchung vor, die zurzeit die deutschen Behörden vornehmen. Daß Deutsche auch ohne „Verhetzung“ sich darüber aufregen können, wenn ihre Stadt mitten im Frieden überfallen wird, dafür fehlt — das wissen wir freilich — dem „Vorwärts“ jedes Verständnis. Ein Beweis mehr dafür, daß der „Vorwärts“ das Recht verwirkt hat, sich ein deutsches Blatt zu nennen.

*

Womit sie gesündigt haben, werden sie gestraft.

Niemals ist eine Partei mit ihren eigenen Waffen so exemplarisch gezüchtigt worden, wie die sozialdemokratische seit Ausbruch der Revolution. Vor einigen Monaten hat der frühere Reichswehrminister Noske einen Erlaß herausgegeben, in dem er straffe Disziplin in der Reichswehr als ein unbedingtes Erfordernis bezeichnete, als zwingende Notwendigkeit, ohne die eine Truppe nicht bestehen kann. Und in den letzten Tagen erließen Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Müller eine Kundgebung an die Reichswehr mit der Aufforderung, jede Politik von der Reichswehr fernzuhalten. Jedermann wird den Herren Noske, Ebert und Müller beipflichten. Straffe Disziplin, Zucht und Ordnung, sowie Fernhaltung von politischen Umtrieben sind die Grundlagen eines jeden militärischen Körpers. Wer aber hat an diesen Hauptstützen mehr gerüttelt als die Sozialdemokratie? Wie haben die Sozialdemokraten über den „Kadavergehorsam“ im Heere gespöttelt und gehöhnt! In Tausenden von Exemplaren haben sie aufregende Flugschriften in die Kasernen eingeschmuggelt oder einzuschmuggeln versucht, um die Soldaten gegen ihre Vorgesetzten aufzureizen und für den Umsturz reif zu machen. Eisner hat vollends alle Bande militärischer Disziplin und Zucht gelöst. Und jetzt, da die Sozialdemokraten die Früchte ernten, die sie seit Jahren gesät, jammern sie über Zuchtlosigkeit und Politik im Heere! Nicht anders ist es auf zivilem Gebiete. Die Sozialdemokraten haben in der Vorkriegszeit durch ständige Hetze jedwede Staatsautorität erschüttert und die Arbeitslust durch das fortwährende Geschrei über Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus untergraben. Nun haben wir es seit November 1918 erlebt, daß die Staatsautorität keinen Pfifferling mehr gilt und die Arbeitslust um mehr als die Hälfte gesunken ist, wie man vom Regierungstische sowohl in Berlin als auch in München wiederholt hören konnte. So steht die Sozialdemokratie vor den Folgen, die sie selbst heraufbeschworen hat, vor einem Trümmerhaufen, und sie hat sich die Hauptschuld beizulegen, daß wir auf der Bahn nach unten immer weiter herabgeglitten sind.

*

Selbst fabrizierte Zensurlücken.

Offenbar schämt sich das in Essen erscheinende, durch die Veröffentlichung der roten Frontberichte bekannt gewordene unabhängige Ruhrecho der rigorosen Zensur, unter der während der „freiheitlichen“ Spartakistenherrschaft in Essen die Presse geseufzt hat. Da jede Pressezensur mit dem Einmarsch der Reichswehr aufgehoben ist, möchte nun das Ruhrecho diese für die rote Herrschaft beschämende Tatsache ebenso verschleiern, wie es sich falscher Berichterstattung über die wahre Kampflage, Stimmung und Qualität der Roten Truppen befleißigt hat. Denn es schafft sich in einer der letzten Nummern selbst auf der ersten Seite eine 1½ Spalten lange Zensurlücke und hat selber auf der dritten Seite mitten in den Sätzen eines Greuelberichtes reichlich schampolle weiße Stellen angebracht. Soll diese leicht zu durchschauende Taktik zur Täuschung der Leser fortgesetzt werden? Schon der einmalige Versuch ist ein hübsches Beispiel der „Grundehrlichkeit“ dieser radikalen Biedermänner, bekanntlich der berufenen Hüter der öffentl. Wahrhaftigkeit. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß in Essen in der Spartakistenzeit das Amt des Pressezensors von dem Oberlehrer am dortigen städtischen Realgymnasiums, Dr. Siemsen, ausgeübt worden ist. Siemsen gehört der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an.

*

Der „Deutsche Arbeiterbund“ in „eigener Sache“.

Der Deutsche Arbeiterbund (angeschlossen dem „Nationalverband Deutscher Gewerkschaften“) teilt mit:

Die sozialdemokratische Presse bemüht sich, sich von ihrer Schuld an der Anarchie im Ruhrrevier reinzuwaschen und diese der nationalen, sogenannten „gelben“ Gewerkschaftsbewegung an die Rockschöße zu hängen. Sie behauptet, daß die Rote Armee und der rote Terror „Früchte gelber Erziehung“ wären, weil Essen die „Zentrale der Gelben“ sei.

Wahrheit ist, daß die sogenannten „Gelben“ unter dem roten Terror am meisten gelitten haben, weil sie in der Technischen Nothilfe und den Einwohnerwehren den Schrecken des Generalstreiks entgegenwirkten. Außerdem ist gerade die Essener Arbeiterschaft in sehr geringem Umfange der Roten Armee beigetreten. Essen ist von auswärtigen Roten gestürmt und hauptsächlich durch Mitglieder der „gelben“ Gewerkschaftsbewegung in der Einwohnerwehr verteidigt worden. Es ist nicht der geringste Beweis für die Behauptung zu erbringen, daß Mitglieder der nationalen, sogenannten „gelben“ Gewerkschaftsbewegung auf der Seite der Roten Armee gestanden haben. Die Rote Armee ist vielmehr trotz aller Abschüttelungsversuche ein Erzeugnis der sozialdemokratischen Gegner.

An die Bezieher des „Beobachters“.

Alle Beschwerden über unregelmäßige Zustellung des „Beobachters“ bitten wir bei dem Briefträger oder der Postanstalt des Ortes anzubringen. Sollten dieselben erfolglos sein, so bitten wir, der Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1, davon Mitteilung zu machen.

Die Geschäftsstelle der D. V. P. Siegen, Brüderweg 1.

Aus der Partei.

Reichsfrauentagung der D. V. P.

Aus dem ganzen Reiche, mit Einschluß eines Teiles der besetzten Gebiete, waren die Vertreterinnen der Frauenausschüsse der D. V. P. in Berlin zusammengekommen, um gemeinsam die politische Lage zu besprechen und Anregungen für den bevorstehenden Wahlkampfe auszutauschen. Ein Begrüßungsabend im Hotel Prinz Albrecht, dem neben dem Führer der Partei, Dr. Stresemann, als Vertreter der Fraktionen, auch eine größere Zahl von Abgeordneten beiwohnten, leitete am 15. April die Tagung ein, nachdem bereits eine Sitzung des Reichsfrauenausschusses die Mitglieder des engeren Vorstandes zu wichtigen Beschlüssen zusammengeführt hatte. Die Tagung, die am 16. d. Mts. im Meistersaale in der Cöthener Straße eröffnet wurde, brachte zuerst eine Besprechung der politischen Lage durch Frau Clara Mende, M. d. N. Frau Mende führte dabei aus, daß die Frauen sich in erhöhtem Maße der Auslands- und der Wirtschaftspolitik zu widmen hätten, die beide im engsten Zusammenhange stehen. Der Wiederaufbau Deutschlands sei nur möglich, wenn Handel und Industrie gefördert und durch eine weitsichtige Auslandspolitik gestützt würden. Für das Verständnis und die Beteiligung an der Wirtschaftspolitik seien die Vorbedingungen bei den Frauen vorhanden, bezüglich der Beschäftigung mit der Auslandspolitik herrschte noch eine gewisse Scheu, die aber umso eher überwunden werden könne, als ja gerade die Erfahrungen der letzten Jahre bewiesen hätten, daß die von den Männern der Regierung geleitete Auslandspolitik ein so klägliches Ergebnis gezeitigt hätte. Die Rednerin wandte sich dann der inneren Lage zu und wandte sich scharf gegen die Demokraten, die als „Zünglein an der Wage“ ihren ausschlaggebenden Einfluß stets nur zugunsten der Sozialdemokratie benützten. Die Rednerin bezeichnete die Ernennung des Herrn Blunck zum Justizminister als Kennzeichen des Tiefstandes unserer Regierung. Bezüglich der bedenklichen Lage in den Ostprovinzen lehnten die Frauen der Deutschen Volkspartei jede Unterstützung neuer Putschbestrebungen auf das entschiedenste ab, sie hielten es aber für überflüssig, besondere Kundgebungen dagegen zu erlassen.

Unsere Freunde wollen dem „Beobachter“ ihre Anzeigen zuweisen, nicht nur die Geschäfts-, sondern auch die Familien-Anzeigen. Die Leser des „Beobachter“ müssen wissen, daß das sie verbindende geistige Band einen materiellen Einschlag wohl vertragen kann.

Ueber die sozialen Fragen sei leider wenig zu sagen, da durch Erzbergers Steuerpolitik den Gemeinden die Möglichkeit genommen sei, in dieser Hinsicht zu arbeiten, sie verfügten kaum noch über die Mittel, die notwendigsten Kulturaufgaben durchzuführen. Die Rednerin beschäftigte sich dann weiter mit der bisherigen Steuerpolitik, die zur Verelendung der Familien und der kommenden Generation führen müsse. Die Frauen hätten, schon als Hausfrauen und Mütter, in der bevorstehenden Wahlvorbereitung auf das entschiedenste dafür Sorge zu tragen, daß nur Männer und Frauen in den Reichstag gewählt würden, die gewillt und befähigt seien, für eine gesunde Steuerpolitik einzutreten. Zum Schlusse mahnte Frau Mende zu einer größeren Opferwilligkeit für die Nation, nicht um der Parte willen, sondern um durch sie Deutschland aus dem jetzigen Elend herauszuheben. Eine längere Aussprache schloß sich den wertvollen Darlegungen der Vorsitzenden an, an der Frauen aus allen Landesteilen, besonders Vertreterinnen aus dem Ruhrgebiet teilnahmen, um die politische Lage von ihren örtlichen Erfahrungen aus zur beleuchten und Anregungen für die Stellungnahme zu den einzelnen Parteien zu haben.

Frau Abgeordnete Garnich behandelte darauf in eingehender Weise die Organisations- und Agitationsfragen. Sie gab in dieser Beziehung sehr wichtige Hinweise, die aus der Versammlung ergänzt, der Parteiarbeit der Frauen von großem Nutzen sein werden. E. St.

*

Abmarsch von den Deutschnationalen.

Die krasse Oppositionspolitik der Deutschnationalen trägt bereits zur Lockerung ihrer Reihen bei. Die besonnenen Elemente der Partei, wie Delbrück und Posadowsky, lehnen Reichstagskandidaturen ab. Von den führenden Mitgliedern der früheren Freikonservativen sind die Abgeordneten v. Kardorff, v. Dewitz und Dr. Otto Arendt bereits aus der Partei ausgetreten. Sie haben ihren Austritt nunmehr durch nachstehende Erklärung begründet:

Das schärfere Hervortreten extrem gerichteter Persönlichkeiten innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei und deren Einflußnahme auf die Entwicklung der Partei veranlaßt uns zu folgender Erklärung: Wir stehen vorbehaltlos nicht nur in formeller Hinsicht, sondern auch dem Geiste nach auf verfassungsmäßigem Boden. Eine Aenderung der Verfassung darf nur auf gesetzmäßigem Wege erfolgen. Wir verurteilen jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung aufs schärfste. Wir streben eine Versöhnung aller Volksklassen an, die sich nicht auf dem Boden grundsätzlicher Opposition, sondern nur durch Zusammenwirken aller Parteien und Berufsstände erreichen läßt, denen der Wiederaufbau des Vaterlandes am Herzen liegt. Wir treten ein für eine Verwirklichung der von dem Abgeordneten Stresemann ausgesprochenen, aber von dem Grafen Westarp in der Kreuzzeitung abgelehnten Möglichkeit eines Zusammengehens auch mit den Mehrheitssozialisten, sofern sich diese streng in verfassungsmäßigen Bahnen bewegen und zugunsten einer Volksversöhnung von ihrer Machtstellung mit Mäßigung Gebrauch machen. Wir verschließen uns dabei nicht des Eindrucks, daß einzelne Mehrheitssozialisten, wie Noske, in der Zeit des Umsturzes zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung in einsichtiger Zurückhaltung parteipolitischer Wünsche dem Vaterlande wesentliche Dienste geleistet haben. Wir halten dafür, daß nicht staatliche Sozialisierung, sondern eine neuzeitliche Regelung der Verhältnisse zwischen den Unternehmern eines Betriebes sowie den Angestellten und Arbeitern mit dem Ziel einer ausgesprochenen Interessengemeinschaft zu erfolgen hat. Das Problem der Versöhnung der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber ist zwar angeblich durch das Betriebsrätegesetz in Angriff genommen worden, aber bisher doch nur theoretisch und in einseitiger Weise, deren Durchführung zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Es harrt noch seiner entscheidenden und praktischen Lösung in einer festgestalteten Werkgemeinschaft auf dem Wege des freien Uebereinkommens. Das Werden einer einheitlichen Volksgemeinschaft ist für die Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes unerläßlich. Die erste Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles ist das Zusammenwirken auf mittlerer Linie, das uns besonders am Herzen liegt. Wenn wir auch wissen, daß unsre Auffassung von vielen und leitenden Männern der Deutschnationalen Volkspartei geteilt wird, so haben wir doch mit Bedauern feststellen müssen, daß einflußreiche Persönlichkeiten und vor allem die der Partei nahestehende Presse einen gegenteiligen Standpunkt vertreten. Nachdem uns von der Deutschen Volkspartei die Gewißheit gegeben ist, daß diese unsre Auffassung ihre ungeteilte Zustimmung findet, lösen wir unsre Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei und treten zu der ihr nahestehenden Deutschen Volkspartei über.

*

Uebertritt eines westfälischen Bauernführers zur Volkspartei.

Der bekannte Führer des Westfälischen Bauernbundes, Landwirt Harte in Velpe, der früher mehrfach für die nationalliberale Partei kandidierte und im letzten Winter mit den anderen Führern des Bauernbundes Wachhorst de Wente und Dr. Böhme zu den Demokraten ging, ist jetzt zur Deutschen Volkspartei übergetreten und hat sich gleichzeitig im Münsterschen Provinziallandtag, dessen Mitglied er ist, der Fraktion der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

*

Die Abdeckung der ausländischen Kredite.

Der Abg. Dr. Hugo von der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

Diejenigen Importeure, welche auf Veranlassung der Reichsbank Kredite auf drei Monate nach Friedensschluß im neutralen Auslande in ausländischer Währung in Anspruch genommen haben und durch die Devisenordnung verhindert waren, die Kredite abzudecken, müssen zum 11. April nunmehr die Abdeckung vornehmen. Die Abdeckung zu dem heutigen Valutastand der Mark würde die meisten dieser Firmen dem sicheren wirtschaftlichen Ruin überantworten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diese Firmen vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren? Ist insonderheit die Reichsregierung bereit, den Firmen Kredite zwecks späterer Zurückerstattung zu beschaffen?

Der Anfragesteller begnügt sich mit einer schriftlichen Antwort.

*

Die erhöhte Teuerungszulage.

Auf eine Anfrage des Abg. Meyer-Herford von der Deutschen Volkspartei über die Auszahlung der 150prozentigen Teuerungszulage an die Lehrer, Pensionäre und Hinterbliebenen hat die preußische Staatsregierung folgende Antwort erteilt:

„Bereits durch wiederholte Erlasse, und zwar am 4. Febr., 14. Februar und 2. März d. J. ist die Anordnung getroffen worden, daß die Auszahlung der um 150 Prozent erhöhten Teuerungszulage an die Lehrer, Pensionäre und Hinterbliebenen überall mit größter Beschleunigung erfolgen soll. Nach den bisher erstatteten Berichten der Regierung sind auch die erforderlichen Kassenanweisungen unverzüglich erlassen worden.

*

Zwei Ausschußanträge des Abgeordneten Dr. Becker.

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat der Abg. Dr. Becker (D. V. P.) bei der Beratung über die Verreichlichung der Eisenbahnen folgende zwei Anträge gestellt, wonach der Ausschuß beschließen wolle, die Reichsregierung zu ersuchen,

1. bei dem Reichsverkehrsministerium unverzüglich einen besonderen Beirat zu bilden, in den insbesondere auch Mitglieder des Reichstags und Vertreter des privaten Wirtschaftslebens zu berufen sind und der vor allem über alle wichtigen Tarif- und organisatorischen Fragen vor Erlaß entsprechender Anordnungen gutachtlich zu hören ist;
2. sie wolle auf die Länder, die nach dem vorliegenden Vertrag abgefunden werden, dahin wirken, daß sie die Zuschüsse Dritter, für die ihnen bei der jetzigen Abfindung Ersatz geleistet wird, insoweit an die Dritten zurückzahlen, als es sich dabei um öffentlich-rechtliche Verbände handelt.

Der Antrag unter Nr. 1 soll den Männern des praktischen Lebens den nötigen Einfluß auf die organisatorische Ausgestaltung und die Wirtschaftsfragen der demnächstigen Reichseisenbahnen sichern, was dringend notwendig ist, wenn eine gesunde Wirtschaftsführung erfolgen soll.

Der Antrag unter Nr. 2 will den kleinen Ländern, die keine Eisenbahn haben (Anhalt, Lippe, die thüringischen Staaten), den großen Staaten, aber, die ihre Eisenbahnen durch diese Länder geführt haben — in Betracht kommt namentlich Preußen — Zuschüsse erstattet haben, die Zuschüsse wieder zuführen, die sie den Eisenbahnstaaten geleistet haben, und durch die diese, da sie ihnen vom Reiche ersetzt werden, doch nicht auf die Dauer berührt werden dürfen. Es werden dann auch die Gemeinden profitieren, die den Eisenbahnstaaten Zuschüsse für die Eisenbahnbauten haben leisten müssen.

*

Der Hungsteiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6—8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klingspor 1. Vorsitzender). Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5b, sämtlich in Siegen.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich für die Monate Mai und Juni die Wochenschrift

„Der Beobachter“
(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung abzugeben — werde ich am Postschalter abholen.

(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Name_____

Wohnort _____ Straße _____

Feldmann-Werke

Fabrikzeichen Feldmann

Fernsprecher 42 u. 62. Telegr.-Adr. Feldmannwerke

Soest

Konzernfirmen: Berlin, Dortmund, Hamm, Siegen, Amsterdam (Holland)

Reparatur-Werkstätte

für Automobile
Bereifungen
Magnete und Vergaser

Gummi- und Ersatzteil-Lager.

Feldmann-Werke Siegen

Fernruf 193. Oststraße 1/3.

An unsere Kundschaft.

Infolge der hohen Preise sämtlicher Materialien, die von uns im voraus oder doch sofort bezahlt werden müssen, sehen wir uns gezwungen, auch unsere Kundschaft bei Lieferung von Tapeten, Wandstoffen und Leisten um alsbaldige Bezahlung zu ersuchen. Ferner bittet die Innung, bei der Ausführung von Arbeiten nach 14 Tagen eine entsprechende Anzahlung zu gewähren, wie auch um Begleichung der Rechnungen innerhalb 14 Tagen nach dem Datum der Ausstellung.

Die schwierigen Verhältnisse zwingen uns zu unserem eigenen Bedauern zu diesen Maßnahmen. [345

Die Maler- und Anstreicher-Zwangsinnung zu Siegen.

Siegener Maschinenbau-Akt.-Ges.

in Siegen.

Bei der heute durch einen Notar vorgenommenen Auslosung unserer Teilschuldverschreibungen wurden folgende Nummern gezogen:

396, 366, 21, 151, 244, 75, 85, 264, 110, 78, 262, 252, 118, 321, 337, 206, 371, 152, 267, 284.

Die Rückzahlung erfolgt ab 1. Juli 1920 zu je 1020.— M.

bei unserer Gesellschaftskasse in Siegen
bei der Siegener Bank in Siegen

gegen Auslieferung der Stücke und der ab 1. Juli 1920 laufenden Zinsscheine.

Für fehlende Zinsscheine wird deren Betrag in Abzug gebracht.

Die Verzinsung der oben bezeichneten Stücke hört mit dem 30. Juni d. J. auf.

Gleichzeitig sind die genannten Zahlstellen bereit, die noch nicht ausgelosten Stücke unter den gleichen Bedingungen bis zum 1. Juli 1920 freihändig zurückzukaufen.

Siegener Maschinenbau-Aktiengesellschaft.

Siegen, den 14. April 1920. [452

Zum nächsten Woche wieder in

Siegen und Umgegend

zum

Klavier-Stimmen und Reparieren.

Die Arbeit wird prompt und sachgemäß ausgeführt. [1581

Schriftl. Anfrage unter S. 381 nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen.

Friedrich Schöttner,
Klavierstimmer, früher bei Firma Roth & Junius, Hagen

Grundstückskäufe

Wer Aecker, Gärten, Wiesen oder Hauberg verkaufen will, setze sich mit uns in Verbindung.

Städt. Hospitalverwaltung.
Rathaus, Zimmer 24.

Gebr.

Personenauto

wenig gefahren, Motorstärke 6/14, zu verkaufen. [4537

F. X. Sichler,
Haiger, Dillkr.

Rauch-Tabak

feinster Ueberseetabak. Spezial-Mischung, Mittelschnitt, per Pfd. 26.— M franko Lieferung. Versand nicht unter 25 Pfd. per Nachnahme. [4250

Max Heymann,
Tabakfabrikation & Großhandel,
Deutz a. Rhein,
Siegburgerstraße 18.

Deutsche Volkspartei

(Bez. Mitte, Altstadt.)

Am **Dienstag, 27. d. Mts., abends 8¼ Uhr** im Restaurant **Zur Krone**, Marburger Str. 41 (eine Treppe hoch)

Mitglieder-Versammlung.

Vortrag des Herrn Geschäftsführers Nitschke über:
„Die politische Lage".

Um zahlreiches Erscheinen bittet dringend

Der Vorstand.

Deutsche Volkspartei Siegen

(Nordbezirk).

Donnerstag, den 29. April, abends 8 Uhr:

Versammlung

bei Wirt Becker, Sieghütterhauptweg.

Tagesordnung:

1. **Die politische Lage.** (Vortrag vom Vorsitzenden Herrn Klingspor).
2. **Wilhelm Busch in Wort u. Bild.** (Herr Steinhaus).

Gemeinschaftliches Kaffeetrinken nach Wunsch.

Der Vorstand des Nordbezirks.
J. A. Friedrich.

Verein für Feuerbestattung für Siegen u. Umgegend E. V.

Jahresbeitrag 3.— M., für Bezieher der Vereinszeitschrift „Flamme" 5.— M.

Anfragen und Beitrittserklärungen sind zu richten an
Ingenieur Alfred Meyer, Siegen, Nordstraße 27.
Kaufmann Karl Weber, Siegen, Koblenzer Straße 12.
Lehrer Schalk, Eisern.
Fabrikant O. Schaun, Ferndorf. [445

Ein Notschrei aus der Eifel.

Aus der westlichsten Ecke unseres armen deutschen Vaterlandes dringt ein herzbewegender Klageruf zu uns herüber.

Nicht genug, daß Belgien ohne Abstimmung die zwei Kreise Malmedy und Eupen vom Mutterlande losreißt; altes deutsches Land, bewohnt von kerndeutschen, vaterländisch gesinnten Menschen, die, abgesehen von der Handvoll wallonischer Verräter, in tiefster Verbitterung die Vergewaltigung durch den feindlichen Nachbar empfinden. — Jetzt legt Belgien auch noch entgegen dem Friedensvertrag, seine raubenden Hände auf die einzige deutsche Bahn, die Deutschland mit den abgetrennten Gebieten verbindet. Voll Verzweiflung ruft die Bevölkerung um Hilfe. Denn wenn ihr die Bahn genommen wird, durchschneidet man ihr den Lebensnerv, nimmt diesen in rauhem, unwirtlichem Klima mühsam schaffenden Deutschen die Möglichkeit, ihre Arbeitsstätten zu erreichen und ihre ländlichen Erzeugnisse auf den Markt zu bringen.

In Schlesien, in Schleswig, in Ost- und Westpreußen regt sich mächtig die Bewegung, Stellung gegen die Raubgelüste unserer Feinde zu nehmen. Ist dieses arme Eifelgrenzland ganz vergessen? Ist niemand im deutschen Vaterland, der unseren armen Eifelern hilfreich die Bruderhand reicht?

Die Feinde werben mit gewaltigen Mitteln in den abgetrennten Gebieten — Wo bleibt die deutsche Werbearbeit?

Wir richten die herzliche Bitte an unsere treudeutschen Siegerländer, den bedrohten deutschen Brüdern in der Eifel mit einem Scherflein zu helfen und damit alten, deutschen Besitz dem Vaterlande zu erhalten.

Der Verlag der **Siegener Zeitung** nimmt gerne **Spenden** für die Eifel entgegen

Es gingen ein: N. N., Kirchen 10 M.

Elektrisch betriebene

Werkzeugmaschinen

Fabrikat C. u. E. Zein, Stuttgart.

Gustav Schmidt, Werkzeugmaschinen,

Weidenau-Sieg.

Vertreter der Firma Arthur Brockhoff Düsseldorf.
Fernsprecher 494 Amt Siegen.
Büro: Weiherstraße 18. **Lager:** Wilhelmstraße 11.